

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 19. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises**  
**in der 11. Wahlperiode 2019/2024**

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal  
am Donnerstag, 15.07.2021, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Sybille Gerlach

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

**I. Eröffnung und Begrüßung**

Landrat Rainer Guth eröffnet die 19. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden zur Präsenz-Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er die Anwesenden über die aktuell unübersichtliche Lage im Katastrophengebiet im Norden von Rheinland-Pfalz. Auch Einsatzkräfte aus dem Donnersbergkreis seien vor Ort. Bisher seien 33 Tote zu beklagen. In einer Schweigeminute gedenken die Anwesenden den Opfern der Katastrophe.

Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Er gibt die Beschlüsse aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung vom 21.06.2021 bekannt.

**II. Änderung der Tagesordnung**

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt einstimmig den

TOP 3.3 IGS Eisenberg, Standort Martin-Luther Straße  
Sanierung WC-Anlage Damen – Vergabe der Heizungsarbeiten, der malerarbeiten und der WC-Trennwände

von der Tagesordnung abzusetzen. Die Submissionsergebnisse lagen alle unter der Wertgrenze von 20.000 Euro, so dass der Landrat über diese Vergaben gemäß der Hauptsatzung entscheiden konnte.

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt einstimmig aufgrund der Dringlichkeit die Erweiterung des nicht öffentlichen Teils „Personalangelegenheiten“ um

TOP 1.4 befristete Einstellung.

Michael Cullmann (SPD) bittet um Vertagung des TOPs 8 „Förderung des Radwegebaus“, da die Vorlage sehr kurzfristig übersandt worden sei. Ferner handele es sich um eine freiwillige Leistung, die Ortsgemeinden hätten große Probleme damit. Aus den genannten Gründen möchte man noch einmal gesondert darüber diskutieren und den TOP zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufnehmen.

Landrat Rainer Guth schlägt vor, in den TOP einzusteigen. Sofern kein Beschluss gefasst werden könne, müsste man allerdings kurzfristig einen neuen Sitzungstermin anberaumen, da Förderanträge zeitnah gestellt werden müssten.

### **III. Tagesordnung**

#### **A) Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung am 11.05.2021
2. Sanierung der RS+/FOS Göllheim  
Vergabe der Fensterbauarbeiten
3. IGS Eisenberg, Standort Martin-Luther-Straße
  - 3.1 Erneuerung der Heizungsanlage
  - 3.2 Sanierung WC Anlage Damen – Vergabe der Fliesenarbeiten
4. Ermächtigung des Kreisvorstandes bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Auftragsvergabe von Baumaßnahmen und zur Vergabe im Bereich des DigitalPakts Schulen
5. Ermächtigung des Kreisvorstandes bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Auftragsvergabe von Kreisstraßenbaumaßnahmen
6. Vergabe Leasing zur Lieferung und Installation von Druck- und Multifunktionssystemen incl. Software und Fullservice
7. Umstellung der ELO-Lizenzen auf die Kommunallizenz und Einführung der E-Akte
8. Förderung des Radwegebaus im Donnersbergkreis
9. Mitteilungen und Anfragen

## **Nicht öffentlicher Teil:**

1. Personalangelegenheiten
  - 1.1 Neueinstellung befristet
  - 1.2 Höhergruppierung
  - 1.3 Höhergruppierung
  - 1.4 befristete Einstellung
  
2. Besetzung einer Schulleiterstelle  
Herstellung des Benehmens

**A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:                      Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung am  
11.05.2021

I. Sachverhalt:

Es werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises genehmigt die Niederschrift der 11. Sitzung vom 06.10.2020.

Abstimmungsergebnis:                      einstimmig

-----

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Sanierung der RS+/FOS Göllheim  
Vergabe der Fensterbauarbeiten

### I. Sachverhalt:

„Im Jahr 2018 wurde die Realschule +/- FOS Göllheim im Hinblick auf den Brandschutz sowie auf energetische und bauliche Mängel untersucht.

Brandschutztechnisch wurde sofortiger Handlungsbedarf prognostiziert, und zur Gewährleistung der Nutzung aller Räumlichkeiten provisorisch umgesetzt.

Zur umfassenden brandschutztechnischen Sanierung der Gebäude wurde über die ADD Neustadt ein Förderantrag gestellt. Die Zusage zum vorzeitigen Baubeginn liegt vor.

Der Förderantrag umfasst die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes, Sanierung der Fassade (Betonsanierung/ Fugensanierung), Dachsanierung und den Austausch der Fenster mit Außenjalousien in den Innenhöfen des Altbaus sowie des Neubaus.

### **Gewerk Fensterbauarbeiten**

Zur Vergabe der Maßnahmen wurde durch das Planungsbüro JD Building eine beschränkte Ausschreibung in Losen erarbeitet und an 11 mögliche Firmen aus dem näheren Umkreis versendet. Die Ausschreibungsunterlagen enthielten alle Positionen zur Vergabe der Fensterbauarbeiten in den Innenhöfen des Altbaus sowie der Fassade des Neubaus.

Zum Submissionstermin gingen drei Angebote ein.

Nach Prüfung und Wertung ergaben sich nachfolgende Sachverhalte:

#### **Los 1 Fenster (Kunststoff)**

#### **Los 2 Fenster / Türen (Metall)**

1) **Fenster & Türen Dick, Theisbergstegen**

**LOS 1 316.223,46 €**  
**LOS 2 410.423,27 €**

2)	Metallbau Stabel, Göllheim	LOS 1 -----
		LOS 2 521.749,55 €
3)	Donnersberger Fensterbau, Rockenhausen	LOS 1 444.489,87 €
		LOS 2 678.200,04 €

Die besonderen Angebots- und Auftragsbedingungen wurden von allen Bietern anerkannt. Die Formblätter der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen VHB Bund Stand 2008 wurden von allen Bietern unterzeichnet und beigefügt. Es wurden keine Nebenangebote abgegeben.

Die Kostenberechnung vom 27.04.2021 belief sich auf 690.765,88 € (brutto).

Der Differenzbetrag von insgesamt 35.880,85 € (brutto) zur Kostenberechnung ist auf die aktuelle Marktlage zurückzuführen. Daher wurden hier bereits Preisaufschläge beim Material sowie beim Lohn eingerechnet.

Die Mehrkosten können durch Einsparungen am Dach finanziert werden.

Die Arbeiten der Firma Fenster & Türen Dick sind dem Planer sowie der Bauabteilung bekannt. Die Firma Dick hat bereits Maßnahmen im vergleichbaren Kostenrahmen im Auftrag der Kreisverwaltung Donnersbergkreis ausgeführt, sie ist uns als leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen bekannt. Es bestehen keine Bedenken, die Firma Fenster & Türen Dick zu beauftragen.“

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt zur Umsetzung der Sanierung der Realschule+/ FOS Göllheim die im Rahmen des Schulbauantrages, beantragten neuen Fenster an die Firma Fensterbau Dick, aus Theisbergstegen zu beauftragen.

Nr.	Gewerk	Firma	Ort	€
	Fensterbauarbeiten	Fenster & Türen Dick	Theisbergstegen	726.646,73
	<b>Gesamtsumme</b>			<b>726.646,73</b>

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-----

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3.1 der Tagesordnung: IGS Eisenberg, Standort Martin-Luther-Straße  
Erneuerung der Heizungsanlage

### I. Sachverhalt:

„Das Hauptgebäude der IGS Eisenberg Standort 1 in der Martin-Luther-Straße 12 wurde im Jahr 1969 gebaut. Die auf der anderen Straßenseite gelegene Turnhalle wurde im Jahr 1976 ergänzt.

Um den Ausfall der Steuerung der Heizung in der Turnhalle der IGS Eisenberg Standort 1 zu beheben, wurde zunächst als kurzfristige Maßnahme ein Heizungsbauer mit der Reparatur beauftragt. Dieser bestätigte die defekte Steuerung. Aufgrund der Laufzeit von über 30 Jahren der Heizung ist eine Beschaffung von Ersatzteilen nicht mehr möglich.

Der Einbau einer neuen/ alternativen Steuerung würde zudem die Problematik aufwerfen, dass die vorhandenen Kessel/Brenner nicht kompatibel sind, diese müssten dann ebenfalls getauscht werden. Auf Grundlage dessen und unter Beachtung energetischer Gesichtspunkte ist eine Erneuerung der Heizungsanlage am wirtschaftlichsten.

### **Erneuerung der Wärmeerzeugung der Turnhalle der IGS Eisenberg Gebäude 1**

Im Zuge einer beschränkten Ausschreibung wurden 10 Firmen um Abgabe eines Angebotes gebeten. Mit Submissionstermin am 29.06.2021 wurden fünf Angebote eingereicht.

Nach Prüfung und Wertung des Angebots ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:

	<b><u>Bieter</u></b> (Name und Anschrift)	<b><u>Bemerkung</u></b>	<b><u>Angebotssumme</u></b>
1	Steingaß GmbH 67294 Stetten		75.439,19 €
2	Erwin Wegener GmbH 67593 Westhofen	kein Angebot abgegeben	
3	<b>Kühner GmbH</b> <b>67722 Winnweiler</b>		<b>68.885,83 €</b>
4	Diehl GmbH 55774 Baumholder		75.276,90 €

5	Keller GmbH 67822 Münsterappel	kein Angebot abgegeben	
6	Häfner GmbH und Co. KG 67297 Marnheim	Absage per Mail am 11.06.2021 - zum Ausführungstermin verhindert	
7	Becker GmbH 67307 Göllheim	Absage per Mail am 10.06.2021 - keine Teilnahme an der Ausschreibung	
8	Frondorf GmbH 55232 Alzey		72.742,12 €
9	Jung GmbH 67706 Krickenbach		80.878,23 €
10	G. Müller GmbH 55599 Stein- Bockenheim	kein Angebot abgegeben	

Das Angebot der Kühner GmbH aus Winnweiler ist technisch und wirtschaftlich in Ordnung. Das Unternehmen ist als leistungsfähige und zuverlässige Firma bekannt.

Die Bauabteilung empfiehlt den Auftrag an Kühner GmbH aus Winnweiler zu erteilen.

Die Kostenschätzung vom 31.01.2021 belief sich auf 62.278,65 € die Mehrkosten des vorgelegten Angebots belaufen sich somit auf 6.607,18 €.

Aktuell ergibt sich eine Gesamtsumme für die Maßnahme von:

1. Planungsleistung: 19.251,05 €

2. Heizanlage: 68.885,83 €

-----  
88.136,88 €

→ Die Mehrkosten i. H. von 8.136,88 € sind im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit gedeckt.

Zur Umsetzung der Maßnahme stehen ausreichend Mittel im Haushalt 2021 zur Verfügung.“

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Beauftragung der Kühner GmbH aus Winnweiler für die Erneuerung der Heizanlage zu.

Nr.	Gewerk	Firma	Ort	€
1	Heizanlage	Kühner GmbH	67722 Winnweiler	68.885,83 €
			SUMME:	<b>68.885,83 €</b>

Abstimmungsergebnis: einstimmig

-----

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 3.2 der Tagesordnung: IGS Eisenberg, Standort Martin-Luther-Straße  
WC-Sanierung Damen – Vergabe der Fliesenarbeiten

### I. Sachverhalt:

„Das Hauptgebäude der IGS Eisenberg Standort Martin-Luther-Straße 12 wurde im Jahr 1969 gebaut.

Die WC-Anlage Damen im Erdgeschoss Gebäude A soll komplett saniert werden. Die WC-Anlage ist über 50 Jahre alt und entspricht nicht mehr den heutigen Hygienestandards. Die Sanitärobjekte sind abgenutzt und teilweise defekt, viele Druckspüler funktionieren nicht mehr. Die WC Kabinen können in Absprache mit der Schulleitung reduziert werden, alle WC`s werden wandhängend mit Vorwandinstallation nach neuestem Stand der Technik ausgeführt. Im gesamten WC Bereich mit Vorraum werden die Wände halbhoch neu gefliest, die Wände oben neu verputzt und gestrichen. Die Trennwandelemente werden erneuert.

Die Arbeiten sollen noch in den Sommerferien 2021 umgesetzt werden.

### **1.) Fliesenarbeiten**

Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung wurden acht Firmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben. Zum Submissionstermin am 17.06.2021 10.00 Uhr lag ein Angebot vor.

Die Firmen Keller Eisenberg, Peters Lohnsfeld, Dindorf GmbH Bisterschied, Geib Rockenhäuser, Steingaß Kirchheimbolanden, Blum Ramsen und Toth Kerzenheim haben kein Angebot abgegeben.

### **Nach Prüfung und Wertung der Angebote ergibt sich nachfolgender Sachverhalt:**

**1) Fliesen Scheller Winnweiler 25.356,53 €**

Das Angebot der Firma Fliesen Scheller ist technisch und wirtschaftlich in Ordnung. Die Preise sind unter Berücksichtigung der momentanen Marktlage im Handwerk angemessen. Die Bauabteilung empfiehlt, den Auftrag an die Firma Fliesen Scheller aus Winnweiler zu erteilen. Die

Firma Fliesen Scheller ist nach Recherche als leistungsfähige und zuverlässige Firma einzustufen.

Die Mittel stehen im Haushalt 2021 zur Verfügung.“

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Beauftragung der Firma Fliesen Scheller aus Winnweiler für die Fliesenarbeiten an der Integrierten Gesamtschule Eisenberg zu.

Nr.	Gewerk	Firma	Ort	€
	Fliesenarbeiten	Fliesen Scheller	67722 Winnweiler	25.356,53€

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Ermächtigung des Kreisvorstandes bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Auftragsvergabe von Baumaßnahmen und zur Vergabe im Bereich des Digital-Pakts Schulen

### I. Sachverhalt:

„Am 13.09.2021 findet voraussichtlich erst die nächste Sitzung des Kreisausschusses statt. Bis zu diesem Termin ist eine Vielzahl von Vergabeentscheidungen zu treffen, um den Baufortschritt der im Haushalt eingeplanten Hochbaumaßnahmen sowie die weitere Umsetzungen zum DigitalPakt Schulen sicherzustellen. Insbesondere finden in den Sommerferien, bedingt durch die Schließung der Schulen, viele Baumaßnahmen statt.

Es handelt sich voraussichtlich u.a. um Teilbeauftragungen bzw. Teilleistungen bei folgenden Maßnahmen:

- Sanierung RS+ FOS Göllheim  
Brandschutz-Tore, Dach, Betonsanierung, Gebäudetrennfugen, Trockenbau, Elektro  
(Kostenschätzung 135.000 €)
- DigitalPakt Schulen Schule am Donnersberg Rockenhausen  
Gewerke Rohbau, Brandschutz und Elektro (Kostenschätzung 90.000 €)
- IGS Eisenberg Standort II  
Gewerke Rohbau, Brandschutz und Elektro (Kostenschätzung 135.000 €)
- Anschaffungen von digitalen Tafeln (Kostenschätzung 99.600 €)  
für IGS Eisenberg Standorte I+II und RS+ Winnweiler, WEG Winnweiler
- Nordpfalz Gymnasium Kirchheimbolanden  
Sanierung Lehrerparkplatz (Haushaltsansatz 45.000,00 €)
- IGS Rockenhausen  
Sanierung Werkraum Decken (Haushaltsatz 25.000,00 €)

Der Kreisvorstand wird ermächtigt, die notwendigen Vergabeentscheidungen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel an Stelle des Kreisausschusses zu treffen.

Der Kreisausschuss wird über die erfolgten Entscheidungen informiert.“

## II. Beschluss:

Der Kreisvorstand des Donnersbergkreises wird ermächtigt, notwendige Vergaben zur Sicherstellung des Baufortschritts der aufgeführten Maßnahmen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 13.09.2021 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:      14 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   1 Enthaltung

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Ermächtigung des Kreisvorstandes bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Auftragsvergabe von Kreisstraßenbaumaßnahmen

### I. Sachverhalt:

„Nach der heutigen Kreisausschusssitzung wird voraussichtlich erst am 13.09.2021 die nächste Sitzung des Kreisausschusses stattfinden. Bis zu diesem Termin könnten Kreisstraßenbaumaßnahmen zur Vergabe anstehen, die sich derzeit durch den Landesbetrieb Mobilität (LBM) in der Ausschreibung befinden und in der Sommerpause zur Submission anstehen. Um die ordnungsgemäße Zustimmung sicherstellen zu können, bitten wir den Kreisvorstand zu ermächtigen, die nachfolgend möglichen Vergabeentscheidungen zu treffen. Der Kreisausschuss wird dann in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses über die Vergaben unterrichtet.“

➤ **K 74 – Ausbau Ramsen L 395 bis zur Kreisgrenze Bad Dürkheim**

Im Investitionshaushalt ist für 2021 unter der Investitionsnummer I21K74-004 der Betrag in Höhe von 2.500.000 € eingestellt.

➤ **Austausch Schutzplanken an Kreisstraßen**

- **K 33 – Gerbach i.R. Schneebergerhof**
- **K 84 – Reichsthal i.R. Seelen**

Der LBM schätzt die Kosten – vorbehaltlich des Ausschreibungsergebnisses – auf rd. 50.000 €. Im Ergebnishaushalt ist für 2021 unter der Haushaltsstelle 523300.9015420.542010 (allgemeine Straßenunterhaltung) der Betrag von 500.000 € eingestellt. Der Austausch ist dringend geboten, da die Profile der Schutzplanken nicht mehr regelkonform sind und sich nach Überprüfung durch den LBM als verkehrgefährdend herausgestellt haben.“

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises ermächtigt den Kreisvorstand des Donnersbergkreises die notwendigen ausgeschriebenen Vergaben im Kreisstraßenbau bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 13.09.2021 zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:      14 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   1 Enthaltung

-----

## A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Vergabe Leasing zur Lieferung und Installation von Druck- und Multifunktionssystemen incl. Software und Fullservice

### I. Sachverhalt:

„Der im Jahr 2009 für 60 Monate mit der Fa. Töns (früher Rügemer), Kaiserslautern/Pirmasens, abgeschlossene Leasing- und Wartungsvertrag für die Drucker und Kopierer des Kreishauses (5 Standorte) und der Schulen in Trägerschaft des Donnersbergkreises (11 Standorte) wurde im Jahr 2014 um weitere 60 Monate und 2019 und 2020 jeweils um 12 Monate verlängert. Der Vertrag läuft nunmehr am 31.10.2021 aus.

Bislang waren rund 130 Geräte geleast, die monatlichen Kosten betragen zuletzt je nach Verbrauch 9.000 bis 10.000 Euro (brutto) im Monat. Durch Optimierungen konnten insbesondere Reduzierungen im Bereich der Arbeitsplatzdrucker vorgenommen werden. Die ausgeschriebene Leistung umfasste 75 Drucker und Multifunktionssysteme, aufgeteilt in zwei Lose, inklusive Software und Full-Service in Form eines Mietvertrages. Die Grundlaufzeit beträgt 60 Monate mit Vertragsbeginn 01.11.2021 und automatischer Beendigung zum 31.10.2026. Eine darüber hinaus mögliche befristete Leistungsfortsetzung um ein Jahr wurde optional ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgte über die Vergabeplattform subreport ELViS durch die Fachfirma KIS GmbH, Bensheim, welche auch mit der Kommunalberatung in Mainz zusammenarbeitet.

Die 75 Geräte wurden wie folgt aufgeteilt:

Los 1 - 17 Drucker, 57 Multifunktionsgeräte (geschätztes Druckvolumen 328.000 S./Monat).

Los 2 - 1 Multifunktionsgerät = Hausdruckerei (geschätztes Druckvolumen 48.000 S./Monat).

Die Angebote wurden auf Basis folgender Zuschlagskriterien gewertet. Diese waren den Bietern mit den Vergabeunterlagen bekannt gegeben worden:

1. Preis	90 %	= 900 Punkte
2. Engergieverbrauch	4 %	= 40 Punkte
3. Ozonemission in Betrieb	2 %	= 20 Punkte
4. Staubemission in Betrieb	2 %	= 20 Punkte
5. Geräusche in Betrieb	2 %	= 20 Punkte
	<u>100 %</u>	<u>= 1000 Punkte</u>

### Los 1:

Für Los 1 wurden vier Angebote eingereicht. Der auf Rang 1 liegende Bieter liegt um 10,8 % günstiger als der auf Rang 2 liegende Bieter.

Für das Zuschlagskriterium „Preis – dabei handelt es sich um den Gesamtpreis für Miete und Wartungsgrundpauschalen über die Grundvertragslaufzeit (60 Monat) zuzüglich optionaler Verlängerung (12 Monate) netto - erhalten die Bieter von 900 (entspricht 90 %) maximal erreichbaren Punkten für Los 1 folgende Wertung:

<b>Zuschlagskriterium Preis</b>	<b>Bieter 1</b>	<b>KKS Kemmler</b>	<b>Bieter 3</b>	<b>Bieter 4</b>
Angebotspreise in €	256.030,56	224.439,12	251.583,96	294.736,80
Erreichte Punkte	773,32	900	791,15	618,11
Rang Zuschlagskriterium	3	1	2	4

Die Systeme der Firma KKS Kemmler erfüllen die gestellten Mindestanforderungen.

Da der Angebotspreis mit 90 % gewichtet wird und die Punkteverteilung prozentual in Abhängigkeit vom günstigsten Anbieter erfolgt, kommt nach Auswertung des Kriteriums „Preis“ lediglich der Bieter KKS Kemmler, Kaiserslautern, für den Zuschlag in Betracht. Nur für diesen und den Zweitplatzierten wurden die Kriterien 2-5 anhand der mit den Angeboten eingereichten Unterlagen ausgewertet.

<b>Bieter</b>	<b>erreichte Punkte</b>	<b>Rang</b>
KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH	993,01	1
Bieter 3	890,41	2

Der Bieter KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH, Kaiserslautern, kommt auf eine Gesamtpunktzahl von 993,01 von 1.000 möglichen Punkten und liegt damit auf Rang 1.

### Los 2:

Für Los 2 wurden zwei Angebote eingereicht. Der auf Rang 1 liegende Bieter liegt um 34,62 % günstiger als der auf Rang 2 liegende Bieter.

Für das Zuschlagskriterium „Preis“ erhalten die Bieter von 900 (entspricht 90 %) maximal erreichbaren Punkten für Los 2 folgende Wertung:

Zuschlagskriterium Preis	KKS Kemmler	Bieter 2
Angebotspreise in €	40.559,40	62.038,32
Erreichte Punkte	900	423,39
Rang Zuschlagskriterium	1	2

Das System der Firma KKS Kemmler erfüllt die gestellten Mindestanforderungen.

Da der Angebotspreis mit 90 % gewichtet wird und die Punkteverteilung prozentual in Abhängigkeit vom günstigsten Anbieter erfolgt, kommt nach Auswertung des Kriteriums „Preis“ lediglich der Bieter KKS Kemmler, Kaiserslautern, für den Zuschlag in Betracht. Jedoch wurden hier für beide Bieter die Kriterien 2 – 5 anhand der mit den Angeboten eingereichten Unterlagen ausgewertet. Das Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

Bieter	Erreichte Punkte	Rang
KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH	994,63	1
Bieter 2	505,59	2

Der Bieter KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH, Kaiserslautern, kommt auf eine Gesamtpunktzahl von 994,63 von 1.000 möglichen Punkten und liegt damit auf Rang 1.

Wir empfehlen, dem Bieter KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH, Kaiserslautern, jeweils den Zuschlag für Los 1 sowie für Los 2 zu erteilen, da dieser Bieter für beide Lose das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt hat. Wir empfehlen, bereits heute einer evtl. Verlängerung nach Ablauf der Grundvertragsdauer, um weitere 12 Monate zuzustimmen.

Das Angebot entspricht allen Anforderungen. Der Bieter besitzt die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit. Die geforderten Nachweise und Referenzen sind in den Angebotsunterlagen enthalten.“

Herr Michael Groß (SPD) möchte wissen, ob eine Regelung zur Vergütung bzw. Rückvergütung bei Mehr- oder Minderkopien entsprechend vereinbart wurde. Diese Frage wurde durch Landrat Rainer Guth bejaht.

Herr Michael Cullmann (SPD) möchte wissen, welche Firmen noch mit angeboten hätten. Es handelt sich hier um die Firmen

- Ditcon GmbH, 51149 Köln,
- TA Triumph-Adler Deutschland GmbH, 90449 Nürnberg, und
- Töns GmbH & Co. KG 66953 Pirmasens

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe Leasing zur Lieferung und Installation von Druck- und Multifunktionssystemen incl. Software und Full-Service an die Firma KKS Kemmler Kopiersysteme GmbH, Kaiserslautern, zum Preis von netto

Los 1 = 60 Monate (213.358,80 €) zuzügl. ggf. 12 Monaten Verlängerung = 224.439,12 €.

Los 2 = 60 Monate (35.608,20 €) zuzügl. ggf. 12 Monaten Verlängerung = 40.559,40 €

zu. Hinzu kommen bei einer Gesamtsumme von 264.998,52 Euro nach heutigem Stand 19 % MwSt. = 50.349,72, sodass sich bei einer Auftragsvergabe für 72 Monate eine Gesamtsumme von 315.348,24 € ergibt.



Die Firma nkomm erhebt hingegen ein Betrag in Höhe von 1€/Einwohner für die Lizenzierung, also einmalige Lizenzkosten in Höhe von ca. 75.539 € (Einwohnerzahl Stand 31. Dez. 2020) für die Kommunallizenz, sowie jährliche SUP-Gebühren in Höhe von 19.063,80 €. Die bereits oben erwähnten Einführungs- und Anpassungskosten werden seitens nkomm mit einmalig ca. 40.000 € aufgeführt.

Das Angebot der Firma Lorenz sieht ebenfalls keine einmaligen Lizenzkosten vor, jedoch gehen hier auch keine Lizenzen in den Besitz der Kreisverwaltung über. Die jährliche SUP-Gebühr beläuft sich auf jährlich 28.560 €, bei einer Mindestvertragslaufzeit von 4 Jahren. Die Einführungs- und Anpassungskosten betragen hier einmalig ca. 70.100 €.

	<b>Firma Töns</b>	<b>Firma nkomm</b>	<b>Firma Lorenz</b>
Lizenzkosten	- €	75.539,00 €	- €
SUP-Gebühren (jährlich)	<b>18.000,00 €</b>	19.063,80 €	28.560,00 €
Einführungs- & Anpassungskosten (einmalig)	42.268,80 €	<b>39.984,00 €</b>	41.507,20 €
vor Gesamtkosten 2021	<b>60.268,80 €</b>	134.586,80 €	70.067,20 €

Es ist demnach vorgesehen, das Angebot der Firma Töns GmbH & Co. KG anzunehmen, mit der uns neben dem wirtschaftlichsten Angebot auch stets ein sehr guter und kompetenter Vertragspartner zur Seite steht. Damit belaufen sich die Gesamtkosten für die Kreisverwaltung im Haushaltsjahr 2021 voraussichtlich auf ca. 60.300 € inkl. der SUP-Gebühren. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2021 veranschlagt.“

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Vergabe an die Töns GmbH & Co zur Aktualisierung des Dokumentenmanagementsystems ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt mit voraussichtlichen Gesamtkosten von ca. 60.300€ zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Förderung des Radwegebaus im Donnersbergkreis

### I. Sachverhalt:

„Im Donnersbergkreis bieten sich viele Chancen und Herausforderungen des Fahrrad- und insbesondere des E-Bike Trends. Sowohl im Bereich der Alltagsmobilität als im touristischen und Freizeitbereich ist ein großes Potenzial gegeben.

Der Landkreis ist hier als Straßenbaulastträger aber auch im Rahmen unserer Kreisentwicklung und des Klimaschutzes gefordert. Zusammen mit den Orts- und Verbandsgemeinden sollen in den kommenden Jahren möglichst viele gute örtliche und überörtliche Verbindungen geschaffen werden, damit ein attraktives Gesamtnetz entsteht.

Als Straßenbaulastträger obliegt dem Landkreis der straßenbegleitende Radwegbau entlang von Kreisstraßen. Der straßenbegleitende Radwegbau ist in der Regel durch aufwendige Plan- und Bauverfahren gekennzeichnet. Radwegeverbindungen durch Ertüchtigung von vorhandenen Wirtschaftswegetrassen sind in der Regel erheblich günstiger und schneller umzusetzen. Auch ökologisch ist die Mehrfachnutzung anzustreben. Dafür sind in der Regel die Orts- oder die Verbandsgemeinden zuständig.

Es wird vorgeschlagen, dass der Landkreis sich durch eine Investitionsförderung am Ausbau von vorhandenen Trassen zwischen den Orten beteiligt, da das einzustellende Budget dort letztendlich mehr bewirken kann, als beim Neubau entlang von Kreisstraßen. Bei Fördersatzten zwischen 60 und 90 % können die eingesetzten Kreismittel eine Hebelwirkung für ein jährliches Bauvolumen von 2,25 - 9 Mio € für den Radwegbau im Kreis bewirken.

Für die Umsetzung sollen die nachstehenden Fördergrundsätze gelten:

1. Der Landkreis sieht ab 2022 für die nächsten fünf Jahre ein Budget von 300.000 Euro pro Jahr zur Förderung des Radwegebaus im Donnersbergkreis vor.

2. Die Förderquote beträgt 1/3 der nicht durch andere Förderprogramme gedeckten Kosten. Zuwendungen aus dem privaten Bereich, von Jagdgenossenschaften und von Verbandsgemeinden werden bei der Bemessung der Förderhöhe nicht in Abzug gebracht. Zur Anerkennungsfähigkeit von Kosten werden die Bestimmungen des entsprechenden Drittmittelprogrammes analog angewandt.
3. Die Förderung richtet sich grundsätzlich an Projekte, die auch Drittmittel in Anspruch nehmen können. Bei Projekten die nicht, oder mit weniger als 60 % durch Dritte gefördert werden, werden maximal 40 % der Baukosten als förderfähige Baukosten angenommen.
4. Projektträger sind in der Regel die Ortsgemeinden, die Verbandsgemeinden oder gemeinschaftliche Projektträger aus diesem Bereich.
5. Soweit kreiseigene Grundstücke (auch Straßenflächen oder Randstreifen) benötigt werden, werden die den Projektträgern für die Projektumsetzung zur Verfügung gestellt.
6. Die Investitionsförderung für den Ausbau vorhandener Wege soll Vorrang vor dem Neubau von Trassen in Kreisträgerschaft haben.
7. Ein Antrag auf Förderung ist schriftlich bei der Kreisverwaltung zu stellen. Maßnahmen, die vor Antragsstellung begonnen oder abgeschlossen sind, werden nicht gefördert. Als Maßnahmenbeginn wird der Baubeginn angenommen. Planungsleistungen können vorab beauftragt werden. Planungskosten von förderfähigen Maßnahmen können ebenfalls gefördert werden.
8. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Die Kreisverwaltung benennt Antragsstichtage. Nach jedem Förderaufruf wird eine Prioritätenliste erstellt, die durch den Kreisausschuss verabschiedet wird.
9. Eine Aufnahme in das Förderprogramm unterliegt dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel im jeweiligen Kreishaushalt sowie dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht (ADD) nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen.

Landrat Guth führt aus, dass bei diesem Vorstoß ursächlich sei, den Radwegebau im Donnersbergkreis voranzubringen. Es habe viele Treffen mit den verschiedenen Akteuren gegeben und Wünsche und Anregungen wurden zusammengetragen. Es gäbe unterschiedliche Förderkriterien, eine 100 %ige Förderung für die Kommunen schließe er jedoch auch in naher Zukunft derzeit aus. Man habe versucht, das Ausgetauschte zu bündeln und es sei möglich, die Region zu erschließen, wenn alle an einem Strang ziehen würden. Bisher habe man gerne beim Radwegebau auf die andere Ebene verschoben, dies sei jedoch nicht zielführend, deshalb wolle man sich als Kreis bei der Lückenschließung nun mit 1/3 der Kosten beteiligen. Mit der ADD habe man sich hier bezüglich der „freiwilligen Leistungen“ geeinigt.

Reiner Bauer (Stabstellenleitung Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung) ist der Mei-

nung, Radwegebau sei heutzutage nicht mehr nur als freiwillige Leistung zu bewerten, da es auch um die Alltagsmobilität gehe. Durch die E-Bikes habe der Radwegebau auch in unserer Region eine andere Bedeutung bekommen, auch der Klimaschutz spiele hier natürlich eine wichtige Rolle.

Um die Fördersummen abzurufen, müsse man möglichst schnell die Anträge stellen. Wenn man dies zeitlich nach hinten schiebe, laufe man Gefahr, dass man dann in einigen Jahren Radwege baue, ohne die entsprechenden Förderungen zu erhalten.

Michael Groß (SPD) bittet um Anpassung der Richtlinien dahingehend, dass auch die bereits im Bau befindlichen Abschnitte eine Förderung erhalten können. Ferner möchte er wissen, ob alle Wege, also touristische Wege und Alltagswege, einbezogen werden. Er fragt außerdem, ob die Zuschüsse nur gewährt werden, wenn die Hebesätze entsprechend auf 500 Prozentpunkte angehoben wurden. Dies sieht er nämlich als problematisch an. Die Gemeinden des Nordpfälzer Landes zum Beispiel kämen nicht in den Genuss, da eine Detailplanung vorliegen müsse. Diese könnten die Gemeinden derzeit schon nicht finanzieren. Er befürchtet eine weitere Abhängung der finanzschwachen Gemeinden. Deshalb bittet er um weitere Detailplanungen bei den Förderrichtlinien und ein Signal an die Gemeinden, dass man ihnen helfen möchte. Außerdem möchte er das Thema Unterhaltung der Radwege mit ins Gesamtkonzept aufgenommen wissen.

Er finde den Gedanken grundsätzlich gut, ist aber der Meinung, dass verschiedene Fragen und Aspekte nochmals verschriftlicht werden sollten, um die Akzeptanz in den Gemeinden zu erzielen.

Landrat Guth erläutert, dass der Kreis einen Förderrahmen geben möchte, um einen Hebel zu haben, Wege zu bauen. Die Drittelregelung solle ein Anreiz sein, um aktiv zu werden. Solange die Kommunen keine 100%ige Förderung hätten, werde es immer bei finanzschwächeren Gemeinden das Problem mit dem Lückenschluss geben. Die 500 Prozentpunkte bei den Hebesätzen sei eine Forderung der ADD (Kommunalaufsicht) und des Verfassungsgerichtes.

Er bietet an, den Termin nochmals um 4 Wochen zu vertagen.

Michel Groß (SPD) sieht jedenfalls die Gefahr, dass Umlagen zur Unterstützung der finanzstärkeren Gemeinden, die von den Zuschüssen profitieren könnten, in naher Zukunft wieder angehoben werden und die finanzschwachen Gemeinden damit eine weitere Belastung erfahren.

Landrat Guth und Frau Eva Hoffmann (Abteilungsleitung Kommunalaufsicht) sehen auf Kreisebene derzeit keine Notwendigkeit der Anhebung von Umlagen.

Steffen Antweiler (FWG) findet den Vorstoß gut. Der Landkreis habe als Straßenbaulastträger

den straßenbegleitenden Radwegebau zu prüfen. Das koste viel Geld und viel Zeit. Wenn man hiermit eine Alternative finde, sei das positiv. Die Standards, die beim Bau von Radwegen vorgegeben werden, z. B. der Winterdienst, könne in unseren Regionen einfach nicht finanziert und gewährleistet werden. Er verdeutlicht dies an einem Beispiel: Ein reiner Wirtschaftsweg in der Nähe einer neu zu bauenden Straße könne ertüchtigt werden und dann als Wirtschaftsweg und Radweg genutzt werden. Dies spare enorme Kosten, die Landwirte hätten einen gut ausgebauten Wirtschaftsweg und wertvolle Ackerfläche stehe weiterhin als Acker zur Verfügung. Damit sei allen gedient und es erhöhe sicherlich die Akzeptanz in der Bevölkerung. Er sieht die Vorlage als einen Kompromiss, um Fördergelder in den Kreis zu holen und den Radwegebau voranzutreiben.

Frau Ursula Grünewald (Bündnis 90/Die Grünen) findet dies ebenfalls einen Schritt in die richtige Richtung. Die Finanzierungsmöglichkeit müsse nochmals genau erörtert werden und sie schlägt vor, dies in einem erweiterten Kreis, in dem auch Gemeindevertreter mit einbezogen werden, nochmals zu beraten.

Landrat Guth betont, dass man hier nicht eine Handlungspflicht, sondern eine Option beschließen möchte. Viele Themen müssten noch geklärt werden, die Förderung sei ein Vorschlag, um einen Punkt bei der Finanzierung zu setzen.

Michael Cullmann (SPD) begrüßt das Konzept grundsätzlich. Er ist der Meinung, dass der Kreis federführend die kompletten Kosten für den Lückenschluss tragen könne. Dann stelle sich auch nicht die Frage der Priorisierung durch verschiedene Kostenträger. Er verweist auf die Problematik, wenn eine Gemeinde den Bau eines Radweges nicht als notwendig sehe, die dahinterliegende Gemeinde den Streckenabschnitt jedoch bräuchte, um z. B. auf die Arbeit zu fahren.

Landrat Guth möchte ein aktives Mitarbeiten aller Beteiligten. Er sieht die Gefahr, dass Gemeinden dann Wünsche äußerten und der Kreis priorisieren und bezahlen solle. Er erklärt weiterhin, dass das zur Verfügung stehende Finanzvolumen von 300.000 Euro dann auch schnell aufgebraucht sein würde, Mit der vorgeschlagenen Regelung stünden nämlich jährlich 900.000 Euro für den Lückenschluss zur Verfügung. Er wirbt für die Drittel-Lösung, um zumindest die Option auf den Abruf hoher Fördergelder zu haben. Bei den vorgelegten Förderrichtlinien gehe es primär darum, die finanzielle Basis zu sichern.

Herr Michael Groß (SPD) schlägt als mögliches Modell vor, dass der Kreis baue und von den Ortsgemeinden und den Verbandsgemeinden Gelder einfordere.

Herr Christian Ritzmann (FDP) erklärt, wenn man alltagstaugliche Wege bauen möchte, benötige man ein Erschließungskonzept. Dieses könne nicht abhängig von der Kassenlage und der Bereitschaft der einzelnen Ortsgemeinden sein. Er ist jedoch auch der Meinung, dass man vorhandene Wege nutzen sollte, so dass man ohne die Ortsgemeinden wiederum nicht handeln könne. Er erachtet hier eine Zweckverbandsbildung durchaus für sinnvoll und ist der Meinung, der Tagesordnungspunkt solle nochmals vertagt werden.

Landrat Guth schlägt vor, dass Fragen und Ideen an die Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung, Herrn Reiner Bauer, E-mail: [rbauer@donnersberg.de](mailto:rbauer@donnersberg.de), bis Mitte August gesendet werden sollen. Ende August werde dann ein modifizierter Vorschlag unterbreitet und eine erneute Sitzung zu diesem Thema stattfinden. Allerdings solle hier möglichst ein Bürokratieabbau erfolgen, damit man schneller agieren könne.

Herr Alexander Groth (FWG) verlässt gegen 15.50 Uhr die Sitzung.

Herr Steffen Antweiler (FWG) führt aus, dass es bereits einen Netzplan für den touristischen Radwegebau gebe und Landrat Guth erklärt weiterhin, es gäbe vom LBM auch entsprechend ein Konzept für Pendlerwege. Man habe also durchaus Grundlagen, die für eine Priorisierung herangezogen werden könnten.

Michael Cullmann (SPD) ist der Meinung, dass ein Konzept des Kreises erstellt werden müsse, darin seien vordergründig die alltagstauglichen Radwege, nämlich die Wege hin zu Arbeitsstellen, zu priorisieren. Der touristische Verkehr solle hier seiner Meinung nach nicht betrachtet werden.

Das Mobilitätskonzept sei derzeit noch in Arbeit, dort müsse auch der Radwegebau verankert werden, so Landrat Guth.

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss vertagt den Tagesordnungspunkt Förderung des Radwegebaus auf die nächste Kreisausschuss-Sitzung (voraussichtlich Sondersitzung Ende August 2021).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:        Mitteilungen und Anfragen

### I. Sachverhalt:

#### Lüftungsanlagen:

Frau Rita Beck (Bündnis 90/Die Grünen) findet es wichtig, dass im Herbst in den Klassenräumen Regelunterricht angeboten werden kann. Sie möchte wissen, inwiefern eine Förderung für die „Selbstbau“-Lüftungssysteme, welche von Forschern des Max-Planck-Instituts entwickelt wurden (Kosten ca. 200 Euro je Klassenraum), in Betracht komme und bittet um entsprechende Prüfung.

Ferner möchte sie wissen, ob CO<sub>2</sub>-Messgeräte für die Schulen beschafft worden seien.

Landrat Guth erwidert, dass man derzeit Angebote für die CO<sub>2</sub>-Messgeräte einhole.

Das neu vorgestellte neue Förderprogramm mit Erhöhung des vorhandenen Budgets des Landes sei ausgelegt auf die nicht belüftbaren Räume. Im Donnersbergkreis gäbe es fast keine solcher Räume mehr. Die großen Lüftungsanlagen habe man schon mehrfach im Kreisausschuss besprochen, dort seien die Fördersummen auf 500.000,00 Euro gedeckelt, was nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Kosten decke.

Die Modelle des Max-Planck-Instituts habe man im Bauamt geprüft und davon abgeraten, Uwe Welker (Abteilungsleiter Bauverwaltung) ergänzt, dass die Brandschutzversicherung dringend von solchen Selbstbaulösungen abrät.

Steffen Antweiler (FWG) berichtet von der derzeitigen Prüfung durch die Verbandsgemeinde Göllheim für eine dezentrale Lösung. Ein solches Gerät koste pro Saal ca. 10.000 Euro. Hinzu kämen Montage- und Installationskosten und die Wartungs- und Betriebskosten. Hier sei mit erheblichen Kosten im Nachhinein zu rechnen.

Landrat Guth erklärt, man sei ständig mit dem Thema Lüftungsanlagen beschäftigt. Sofern es neue Erkenntnisse im Bereich der technologischen Wirksamkeit und der Finanzierbarkeit gäbe, werde man sich dem Thema nicht verschließen. Die Sicherheit der Kinder sei sehr wichtig.

Derzeit sehe man jedoch diese Lösung nicht. Herr Welker ist der Meinung, das Land solle die Lüftungsanlagen in die Schulbauförderung mit aufnehmen, sofern der Einbau von Lüftungsanlagen tatsächlich gewünscht sei, so sei dies auch beim Bandschutz geschehen.

Herr Christian Ritzmann (FDP) berichtet von dezentralen Anlagen, die auch als Heizanlagen dienen würden und bittet ausdrücklich darum, das Thema weiterhin im Auge zu behalten.

Landrat Guth sagt dies nochmals zu. Zum Thema „Gesundheit der Schüler“ tausche man sich auch ständig bei den Landrätekonferenzen aus.

#### Impfquoten:

Herr Michael Groß (SPD) fragt nach den aktuellen Imp fzahlen.

Herr Reiner Bauer (Koordinator Impfzentrum) erklärt, dass die Zahlen verfälscht seien, da die betriebsärztlichen Impfung nicht in die Statistik mit einfließen würden.

Landrat Guth sagt zu, dass man nochmals eine abschließende Übersicht auf der Homepage einpflegen werde. Bei einer Abfrage im Kreishaus nach weiteren Impfangeboten, hätten sich lediglich 3 Personen gemeldet, es sei fast keine Nachfrage mehr vorhanden. Über die Verteilung (Betriebsärzte, Impfzentrum, Hausärzte und Mobile Impfteams) habe man großflächig die Impfungen gestreut. Wegen der Zweitimpfung bleibe das Impfzentrum in Kirchheimbolanden zunächst weiterhin geöffnet. Es werde aber auf jeden Fall zum 30.09. schließen, bis in den September hinein seien jedoch bereits Termine für Zweitimpfungen vergeben.

In Rheinland-Pfalz werde es Impfzentren geben, die bis 31.12.21, einige sogar bis 30.04.2022 geöffnet haben.

Herr Landrat Guth schließt um 16.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Herr Michael Cullmann (SPD) verlässt um 16.10 Uhr die Sitzung.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 16.20 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses.

gez.  
(Rainer Guth)  
Vorsitzender

gez.  
(Sybille Gerlach)  
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 05.07.2021

Tag der Sitzung: 15.07.2021

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.20 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses 14

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 14

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 0

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführerin: Sybille Gerlach